

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57  
Wintersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt C 570 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Die Reichstagsverhandlungen zum Haushaltsetat.

Am 25. Februar 1918 begannen die Reichstagsverhandlungen wieder. Sie setzten mit zwei großen Reden, nämlich des Reichskanzlers Hertling, wie des Vizekanzlers v. Bayer, ein, die in vieler Beziehung klärend gewirkt haben und auch vom Standpunkt der Arbeiterinteressen beachtlich sind.

Allerdings ist die Friedenswirksamkeit der Hertlingschen Rede durch die militärischen Vorgänge im Osten schwer gehemmt, wie auch die Prästimmungen des Auslandes klar erweisen. Andererseits muß zugestanden werden, daß Hertling bestrebt war, an die letzte Kongressrede Wilsons in versöhnlichem Ton anzuknüpfen, indem er sich die 4 Theesen Wilsons zu eigen machte und auch den englischen Verständigungspolitiker Kunciman mit in die Debatte zog. Auch die Erklärung, daß „wir nicht daran denken, Belgien zu behalten“, ist zu begrüßen, nur hat der konservative Führer v. Seydewitz durch die Art, wie er die Rede aufsaß, wieder viel verdorben an der Wirkung nach außen. Graf Hertling deutete am Schluß seiner Rede an, daß durch Ueberwindung unserer Friedensbedingungen als Ultimatum an Rußland (ähnlich auch an Rumänien) ein baldiger Abschluß der kriegerischen Tätigkeit im Osten zu erwarten sei und dann die Westmächte sich entschließen müßten, ob sie endlich zu Verhandlungen bereit seien, oder ob im Westen eine schicksalsschwere blutige Entscheidung herbeigeführt werden muß.

Recht ähnlich in mancher Beziehung war das erste Auftreten des Vizekanzlers v. Bayer. Er ist eigentlich der erste Kanzler durch Parlamentswillen und da er seit 36 Jahren dem Reichstag als Abgeordneter der Freisinnigen Volkspartei angehört, so boten eigentlich seine Darlegungen keine Ueberreaktion. Er erkannte an, daß es verständlich sei, wenn die große Masse der Bevölkerung, je schwerer die Opfer und Lasten des Krieges auf ihnen liegen, um so mehr auch von dem Streben nach politischer Bewegungsfreiheit und nach politischer Macht sowie nach Einfluß auf die Regierung beherrscht wird. Er sagte hinzu: Es gibt keine Macht auf Erden, die diesen Gedanken und dieses Streben im Deutschen Reich wieder auszumerken mächtig genug wäre.

Dann zählte er die recht magere Liste der Errungenschaften auf, die in den langen, langen Kriegsjahren auf immerwährendes Drängen der Sozialdemokraten nun eingeführt sind. Er verbiß auch die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung sowie eine neue Bundesratsverordnung über Preistreiberei. Wir haben an dieser Stelle oft genugARGELEGT, daß es jetzt nichts mehr ist „Verordnungen“ in der himmelstreichenden Ernährungsfrage zu machen ist, sondern mit festem Zupacken beim Erzeuger und Groß- und Kleinhändler.

Herr v. Bayer erklärte auch: „nach meiner festen Ueberzeugung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgezeichnete

Wahlrecht für Preußen kommt; es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt.“ Na, gegenwärtig sieht es nicht gerade danach aus! Was dann Bayer über den politischen Massenstreik in der letzten Januarwoche sagte, bewies ganz gewiß kein volles Verständnis für diese elementare Gefühlsauswallung Hunderttausender. Dafür nahm er sich aber die Konservativen und ihren alldeutschen Anhang am Schluß seiner Rede recht gründlich vor. Noch nie ist wohl vom Regierungstisch den Reaktionsären so gründlich die Wahrheit gesagt worden. Sie heulten denn auch wie eine Meute auf und begleiteten mit unartikulierten Lauten und Pfu-Pfufen die Panische Rede! Das sind dieselben Herren, die sich nicht entkräften genug gebärden können, wenn ein Arbeitervertreter einmal die parlamentarischen Grenzen ihnen gegenüber nicht innehalten vermag. Bemerkenswert ist noch die Ankündigung v. Bayers, daß bald neue Steuern kommen und eine Verkürzung unserer Rationierung zurzeit nicht in Frage kommt. Bei der schlechten Kartoffelbelieferung wäre das auch von unübersehbarer Wirkung!

Der folgende Tag brachte nach der Rede des Zentrumsgenossen Trimborn, sowie der Bekanntgabe unseres Ultimatus an Rußland die große Rede Scheidemanns über den Massenstreik und die auswärtige Politik. Es verlohnte sich wohl, ausführlicher darauf einzugehen, wir müssen aber auf die Tagespresse verweisen und uns mit ein paar Randbemerkungen begnügen. Recht schwer wurde die Zensur angegriffen und in der Tat, ist es manchmal geradezu unverständlich, was jetzt in der Presse (auch in der Gewerkschaftspresse) verboten wird. So wies auch Scheidemann auf den Beschluß des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion hin zum Massenstreik, der bislang nicht gebracht werden konnte und der lautet:

„Der Parteiausschuss stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht die Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die durch die Ernährungschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preussischen Dreiklassenhaus, das auf die Verbinderung der preussischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruk vergrößert, da alle Rathschläge und Warnungen der Sozialdemokratischen Partei ungehört verhallen, wurde ein Ausbruch dieser Volkstimmung unvermeidlich. Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßnahmen verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Arbeit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden. Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter

Keinen formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretungen der Streikenden abgelehnt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich während des Krieges rüchellos zur Landesverteidigung bekant. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einfühllosigkeit derer, die den Krieg zu frageverlängernden, vom Volke nicht gewilligen Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens."

Die Antwort des Staatssekretärs Wallraff bezog sich in der Hauptsache auf die Vorgänge beim Streik, die er als vom Ausland mit angezettelt bezeichnete, was später Gause (Unabhäng.) ausführlich und treffend widerlegte. Daß der Konservative v. Seydebrand sich in der Hauptsache gegen den Vizekanzler v. Bayer wandte, ist eine Konstellation, der wir nur recht oft eine Nachfolge wünschen können.

Auch der dritte Tag der Debatte brachte noch Höhepunkte. Wiemer (Volkspartei) und Treje mann (natl.) brachten die üblichen bürgerlich-liberalen Schattierungen. Dr. Solff (der Kolonialminister) trat für unsere bisherigen Kolonien ein und wandte sich gegen die Militarisierung Afrikas. In ausführlicher Rede behandelte dann Gause (Unabhäng.) noch einmal Motive und Vorgänge des Massenstreiks und griff die Militärpartei ähnlich an wie Scheidemann. Aber

auch Herr Erzberger vom Zentrum wühlte viel Interessantes und Neues von der famosen „Vaterlandspartei“ aufzudecken und bloßzustellen. Besonders wies er die Korruption in der alldeutschen Presse unabweisend nach. Auch für das gleiche Wahlrecht in Preußen trat er kräftig ein.

Der vierte Tag brachte die sehr bemerkenswerte Rede Landsbergs (Soz.). Am letzten Tag wies Graf Borsadowsky noch auf die kommende ungeheure Steuerlast hin, die uns allen als unheiliges Kriegsangebinde wohl weit über ein Jahrzehnt hinaus beschäftigen wird.

In der Art, wie diese Steuern „verteilt“ werden auf die Schultern der Besitzenden und der Massen liegt das Problem großer innerpolitischer Stämpfe und Auseinandersetzungen einer späteren Zeit, zu der sich die Arbeiter in ihren Organisationen rüsten müssen.

Wenn es noch eines Hinweises bedürfte, wie notwendig Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiterklasse ist, so sind es die Vorgänge beim letzten Massenstreik. Aber auch die Reichstagsverhandlungen mit den wild ihre „alten Rechte“ begehrenden Konservativen und den nicht viel weniger rückständigen Nationalliberalen lassen jeden denkenden Arbeiter klar erkennen, daß insbesondere unsere wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, zu höchster Kraftanstrengung befähigt sein müssen in diesen schweren Zeiten.

Das aber kann nur erreicht werden durch unermüdbliche Mitwirkung jedes einzelnen im geschlossenen Rahmen der Organisation.

### Eine Riesenfundgebung in Hamburg.

Am 27. Februar ds. Js. sahen wir die Staatsarbeitserschaft als große Versammlung. Der Verlauf war eine erhebende Kundgebung. Nach einer kurzen, die Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung des Lohnverhältnisses erörternden Ansprache des Kollegen Schönberg wurde folgende Resolution beschlossen:

Mehr als 2000 am 27. Februar 1918 im Gewerkschaftshaus versammelte Arbeiter und Arbeiterinnen, Handwerker, Betriebsgehilfen und sonstige Angestellte samt Angehörigen des hamburgischen Staates erklären:

Der Senat hat im Januar 1918 für die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Gehalte von nicht mehr als 6000 Mk. jährlich im Staatsdienst eine einmalige Feuerungszulage im Betrage von 150 Mk. für Ledige, 200 Mk. für Verheiratete und 250 Mk. für jedes unversorgte Kind dieser Pensionen genehmigt, und zwar als Nachtragszulage auf das Jahr 1917. Der Senat ist damit in seiner Berücksichtigung für die Staatsangestellten weitergegangen, als die Staatsarbeitserschaft durch ihre Arbeiterausschüsse beantragte, nämlich Erhöhung der Kriegsteuerungszulage als Lohnzuschlag vom 1. Januar 1918 an. Dafür hat die Staatsarbeitserschaft volle Anerkennung. Es ist aber jetzt eine Aufbesserung des regulären Lohnverhältnisses nötig.

Im Verhältnis zur Höhe der Feuerung sind die Zulagen zu niedrig. Aus der Friedenszeit her beträgt der Lohn in Staatsbetrieben: für uneheliche Arbeiter 4 Mk. täglich oder 24 Mk. wöchentlich; für eheliche Arbeiter 4,20 Mk. täglich, und durch Dienstalterzulagen wird im zehnten Dienstjahre der Bodimlohn nur 30 Mk. wöchentlich erreicht; für Handwerker 5,10 Mk. täglich und durch Dienstalterzulagen nach neun Dienstjahren 15 Mk. wöchentlich (nur die Gewerke gewähren den Familienrenten und die Bundespatronat hat für Maurer, Zimmerer und Fischer höhere Löhne). Die laufenden Kriegsteuerungszulagen betragen insgesamt (ohne die Minderzulagen) einbittlich 9 Mk. wöchentlich für Ledige und 12 Mk. wöchentlich für Verheiratete. Ein Lohnverhältnis im ganzen für verheiratete Arbeiter: Uneheliche 30 Mk., Standiae 37,20 bis 42 Mk., Handwerker 12,60 bis 47 Mk. wöchentlich.

Die Kosten für den Lebensunterhalt durch Nahrungsmittel, Kleidung, Waschmittel, Licht und Heizung sind um das Vielfache über die Aufbesserung des Lohnverhältnisses hinaus gestiegen. Ein Arbeiter mit 5 Mk. täglichem oder 30 Mk. wöchentlichem Lohnverhältnis in der Friedenszeit bezahlte damals für ein Dutzend aus gut haltbaren weisseleinen Stoff 3,50 Mk. oder etwa drei Viertel eines Arbeitstages, jetzt für ein Dutzend von derselben Qualität mindestens 20 Mk. oder drei Arbeitstage. Für ein Paar gute halbschwarze Stiefel samt 15 Mk. oder drei Arbeitstage, jetzt mindestens 70 Mk. oder zehn Arbeitstage. Ein Sonntagausflug als Arbeiter kostet früher 60 Mk. oder zwei Arbeitstage, jetzt in derselben Gasse im günstigsten Falle 250 Mk. oder 35 Arbeitstage (nicht als einen Monat). Ein Paar gute schwarze Schuhe

wurde vor dem Kriege durch eine Arbeitswoche verdient; jetzt muß wenigstens ein voller Arbeitstag dafür (Serie im freien Handel) hingegeben werden. Die Mieten werden immer höher. Und je länger der Krieg dauert, desto gesundheitlich drückend und gefährlicher wird die Unzulänglichkeit der Ernährung mit rationierten Nahrungsmitteln allein; es müssen Ersatznahrungsmittel erfunden werden, die aber nur gegen Minderpreise zu erhalten sind. Ein Arbeiter, der früher 5 Mk. Lohn den Tag erhielt, zahlte derzeit für 1 Pfund Speck 1 Mk. oder 2 Arbeitstage, jetzt aber bis zu 14 Mk. oder zwei Arbeitstage; sonst für ein Pfund gute Butter 1,50 Mk. oder drei Arbeitstage, jetzt bis zu 15 Mk. oder 30 Arbeitstage. Demnach trägt der Kriegsteuerungszulagen jetzt eine um das Mehrfache längere Arbeitszeit als Preise für notwendige Lebensmittel, und zwar um so viel mehr, als unbedingt die Zulagen weiter erhöht werden müssen.

Der Lohnzuschlag, bewilligt durch Beschluß der Senatskommission vom 27. Juni 1917, muß von 1 Mk. auf 2 Mk. täglich erhöht werden, mit der Maßgabe, daß er für jeden Tag, an dem die Dienstverpflichteten im gegebenen Falle im Dienst standen, für die betreffende Dienstzeit gezahlt wird, sowie ferner im ganzen mit Nachzahlung vom 1. Januar 1918 an. Diese Aufbesserung ist im Reichsinteresse zur Feuerung nötig; sie muß aber nun in vollem Umfange eintreten, mit keinem Fünftel oder Tag Kürzung. Außerdem wird die Senatskommission dringend gebeten, den Pensionierungsbescheid vor dem 1. April dieses Jahres bekanntzugeben.

Dann folgte eine gleichfalls kurze, aber inhaltlich großzügig vorzügliche Rede des Kollegen Jähle über „Die Bedeutung der Gewerkschaft“, insbesondere in der Kriegszeit, mit Betonung der Leistungen unseres Verbandes als Vertretung der staatlichen und städtischen Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Zustimmung sämtlicher Teilnehmer war unig fühlbar, freudig und einhellig, so daß ohne jede weitere Aufregung folgende Resolution unter großem Beifall Annahme fand:

„Die heutige, von Arbeitern und Arbeiterinnen, Handwerkern und Angestellten sämtlicher Staatsbetriebe und auch von Angehörigen vieler Staatsangestellter besuchte Versammlung des Staatsarbeiterverbandes fordert die noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen auf, jetzt dem Staatsarbeiterverband beizutreten. Lebens- oder Dienstalter, sowie Arbeits- und Wohnort sind es vorwiegend auf längerer Dauer oder nur vorübergehend beschäftigt, kann kein Hindernis sein. Jede im staatlichen Arbeitsdienst beschäftigte Person muß Verbandsmitglied sein oder es jetzt werden.“

- Die Versammlung o. a. w. hat beschlossen:
1. daß die beschlossene Forderung einer Verdoppelung des Lohnzuschlages zur Lohn von der Reichsleitung und den Landesregierungen und Behörden durchzusetzen kann, wenn diese in ihrem Benehmen von sämtlichen Staatsarbeitern und Arbeiterinnen unterstützt werden;
  2. daß die Landesregierungen des Reichs der damit beien-

den Feuerung entsprechend die Kriegsteuerzuschläge stets wieder von neuem aufzubessern sind, dies zu erreichen jedoch jedesmal schwerer sein wird und deshalb nun sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen im Verband zusammenstehen müssen;

2. daß beim Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft schwerste Prüfungszeit infolge Lohnüberbiehungen eintreten kann, wenn nicht eine machtvolle Organisation der Staatsarbeiter für diese abwehrend eingreift.

Die Versammlung mahnt daher die Unorganisierten, sich nunmehr in den Verband aufnehmen zu lassen. Die Verbandstätigkeit bringt sämtlichen in den Staatsbetrieben Beschäftigten gleichermaßen Vorteil, insbesondere die Feuerungszulagen werden allen gezahlt, es muß nun aber auch jede beteiligte Person im Verband sein. Die Versammelten selber wollen diese Forderung erfüllen helfen, indem sie die Unorganisierten heranzuziehen suchen.

Die Forderung auf Erhöhung des Lohnzuschlages nahm noch am selben Abend ihren Weg zu den Verwaltungsbehörden, und die beschlossene Resolution wurde der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter zugestellt.

### Neuregelung der Hinterbliebenenrente in Charlottenburg.

Der Charlottenburger Magistrat hat einen für die Angehörigen städtischer Arbeiter sehr beachtenswerten, sozialem Empfinden getragenen Beschluß gefaßt, den wir den übrigen Gemeindeverwaltungen Groß- Berlins zur Nachahmung empfehlen. Der Beschluß lautet:

A. § 10. Abs. 3 der Bestimmungen betr. die Lohn- und Dienstverhältnisse der städtischen Arbeiter erhält folgende Fassung: Die Hinterbliebenen eines zurzeit seines Todes im Dienst befindlichen Arbeiters erhalten bei einer ruhegeldfähigen Dienstzeit:

- von weniger als 5 Jahren: für den Sterbemonat und den folgenden Monat,
- von 5 und mehr, jedoch weniger als 10 Jahren: für den Sterbemonat und die folgenden zwei Monate,
- von 10 und mehr Jahren, sowie — ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit — beim Tode infolge einer durch den Dienst verursachten Erkrankung usw. oder infolge eines Betriebsunfalles: für den Sterbemonat und die folgenden drei Monate noch den vollen Lohn des Verstorbenen als

Gnadengeld. Die Zahlung erfolgt im voraus in einer Summe aus den betreffenden Lohnfonds. Die Empfangsberechtigten hat der Bezogenent zu bestimmen. Dabei finden die für die städtischen Beamten geltenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

B. In die Bestimmungen betr. die Besoldungs- und Dienstverhältnisse der durch den Privatdienstvertrag angenommenen städtischen Dienstverpflichteten vom 21. März 1907 ist als § 17 a folgende Bestimmung aufzunehmen:

#### § 17 a.

Die Hinterbliebenen eines zurzeit seines Todes im Dienst befindlichen Privatdienstverpflichteten erhalten bei einer ruhegeldfähigen Dienstzeit:

- von weniger als 5 Jahren: für den Sterbemonat und den folgenden Monat,
- von 5 und mehr, jedoch weniger als 10 Jahren: für den Sterbemonat und die folgenden 2 Monate,
- von 10 und mehr Jahren, sowie — ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit — beim Tode infolge einer durch den Dienst verursachten Erkrankung usw. oder infolge eines Betriebsunfalles: für den Sterbemonat und die folgenden drei Monate noch die volle Besoldung des Verstorbenen als Gnadengeld. Die Zahlung erfolgt im voraus in einer Summe aus den betreffenden Besoldungsfonds. Die Empfangsberechtigten hat der Bezogenent zu bestimmen. Dabei finden die für die städtischen Beamten geltenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

C. Hinsichtlich Weiterzahlung der Besoldung und des Lohnes an die Hinterbliebenen verstorbenen Kriegsteilnehmer zehender es bei den bezüglichen Sonderbestimmungen, sofern es für die Hinterbliebenen günstiger ist.

Charlottenburg, den 31. Januar 1918.

Mag. Dr. Scholz. Dr. Maier.

Die Anerkennung, die der Verdienst verdient, kann uns jedoch nicht hindern, auf den ihm anhaftenden Mangel hinzuweisen. Der Verdienst spricht von einer ruhegeldfähigen Dienstzeit. Eine ruhegeldfähige Dienstzeit ist dann gegeben, wenn ein städtischer Arbeiter den Charakter eines sogenannten „ständigen“ Stadtarbeiters erlangt hat.

Die Erlangung der „Ständigkeit“ ist zur Zeit vielfach von der Günter der unteren Vorgesetzten und damit auch noch von einem ärztlichen Gutachten abhängig. Zur Zeit gibt es in den Charlottenburger Betrieben eine ganze Anzahl von Arbeitern, die eine langjährige ununterbrochene Dienstzeit, in einzelnen Fällen bis zu 14 Jahren nachzuweisen haben, aber den Charakter der Ständigkeit nicht erlangen konnten, damit aber auch keine ruhegeldfähige

### Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Warenproduktion werden durch technisch chemische Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeiten im Bergbau und Bauwesen, vielfach natürliche Gase zutage, die, je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten äußerlich Gesundheits- und lebensgefährlich werden. Oft sind es Reizmittelwirkungen bei einzelnen Prozeduren oder des ganzen Produktionsprozesses, die in der Eigennutz oder in der Mischung des Materials seine Ursache findet. Es wird demnach dabei zu unterscheiden sein, ob das Gas als Produkt, Zwischenprodukt oder als unvermeidliches Nebenprodukt in Frage kommt.

Mit Hilfe von hohen Temperaturen oder Wärmegraden werden durch das Destillations-, Siede-, Malt-, Schmelz-, Erhitzungs- oder Vulkanisierungsverfahren usw. feste und flüssige Stoffe zuweilen spröde verändert oder verflüchtigt, während auch umgekehrt Gase durch niedrige Temperaturen und atmosphärischen oder komprimierten Druck zu festen oder flüssigen Körpern umgewandelt werden können. Wie auch unsere atmosphärische Luft (Sauer-, Stick-, Kohlenstoff- und Kohlenäure), so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine selbständige, Gehalt noch ein selbständiges Volumen (Rauminhalt, Umfang) besitzt, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Widerstände daran hindern. Im Zusammenhang mit der technisch chemischen Prozedur versteht man auch oft unter Gasen lediglich schwer zu verdichtende oder kondensierbare Körper, womit ausgedrückt werden soll, daß alle mit der Gasflüssigkeit zusammenhängende Vorgänge mit den Dämpfen überaus viel gemeinsam haben und ins Gebiet der Dämpfe zu verweisen sind. Im Vordergrund ist hierbei produktiv die Gasergzeugung und die Metallgewinnung und besonders die chemische Industrie sowie der Bergbau beteiligt. In dem Vorauszuführen hat die Technik es verstanden, das chemisch fabrikationsmäßige Verfahren zu einer großartigen und sehr profitablen Entwicklung zu bringen, ohne

daß es ihr dabei gelungen wäre, den immer wieder neu auftretenden Gesundheitsbeschädigungen der Arbeiter in diesen Betrieben mit analogem Erfolge entgegenzuwirken. Denn wie aus den Jahresberichten der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbeamten zu ersehen, bestehen neben den Explosions-, Brand- und sonstigen Unfallsgefahren noch die Gefahren der Staubvergiftung und der beim Produktionsprozeß entstehenden giftigen Gase und Dämpfe.

Infolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit die Toxikologie, die Lehre von Giften, mehr und inniger verknüpft mit den Leiden und Krankheiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Giftstoffe“ sind dadurch ein besonderes Studium und der Gegenstand der Sammlung praktischer Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von Ruf, wie Professor Commerfeld Berlin, Dr. Romboulet Wien, Professor Lewin Berlin und andere, betätigen sich heute auf diesem Gebiet.

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingeatmeten Quantum des Gas- oder Dampfes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebensgefährdungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wo hingegen die durch langsame auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringen Quanten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitsbeschädigung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefacht und deshalb oft nicht entschädigt wird. Die unheimliche Gewalt des Vergiftungsvorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der langgestreckten Form in der Giftstoffe der Internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz tritt zum Beispiel die akute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Arsenbergsalze, Glasfabrikation, Anfertigung von farbiger Kreide, Herstellung von Arsenoxiden, wie Schwefelarter Arsen usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenstöhnen des Zahndes, Schmecken im Munde und Unterleib, Erbrechen, Durchfall, Kräfteverfall, kalte bläuliche Haut,

Dienstzeit aufzuweisen können. Für diese Arbeiter kommt und das trotz ihrer langjährigen Dienstzeit, trotz Magistratsbeschlusses, die soziale Vergünstigung nicht in Betracht. Wir meinen, daß solche Gärten beseitigt werden müßten.

Die Ständigkeit muß ganz beseitigt oder mindestens einer zeitgemäßen Neuregelung unterzogen werden. Es steht zu erwarten, daß im Magistrat hierfür Neigung sich geltend machen dürfte. Von der Ortsverwaltung sind beantragt den Groß-Berliner Stadtverwaltungen Anträge auf zeitgemäße Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter übermittelt worden.

Der Charlottenburger Magistrat hat als erster durch den Personaldezernenten Herrn Bürgermeister Dr. Maier mit einem Besitze unseres Verbandes darüber Rücksprache genommen. Dabei ist die Frage der Ständigkeit Gegenstand eingehender Aussprache gewesen. Aus der zunächst unverbindlichen Aussprache darf entnommen werden, daß auf Entgegenkommen auf die Wünsche der Arbeiter in dieser besonderen Frage gerechnet werden kann. Die vorhandenen Gärten fallen dann von selbst. Trotz des von uns dargelegten Mangels bildet der Magistratsbeschluss eine wertvolle soziale Maßnahme für die Arbeiterschaft.

### Die Brotrationen in den verschiedenen Ländern.

Die Ernährungschwierigkeiten haben nicht bloß in den kriegsführenden Ländern, sondern fast auf dem ganzen Erdball eine Brotnot herbeigeführt, die nun bereits in allen größeren Staaten zur „Nationierung“ geführt hat. Leider ist die einzelne Nation durch den Zahlenschnitt in einer Weise beeinträchtigt, die immer wieder Empörung auslösen muß, weil die Reichen und Wohlhabenden sich fast gar keine Beschränkungen auferlegen, während die Not der Massen durch solche Nahrungsmittelverbreitungen noch erheblich verschlimmert wird. In einer Studie von Dr. Ritscher-München ist eine immerhin interessante Uebersicht über die verschiedenenartige Nationierung gegeben, der wir das Folgende entnehmen:

Die Einschränkung des täglichen Proverbrauchs ist zurzeit in Europa — mit wenigen Ausnahmen — allgemein eingeführt. Beim Vergleich der in- und ausländischen Protrationen ist zu bedenken, daß sie das Höchstmaß dessen darstellen, was die staatlichen Versorgungsbehörden den Verbrauchern zuteilen können; maßgebend dabei sind die verfügbaren Getreidemengen und die Sorge für einen möglichst guten Ernährungsstand.

Ausgegangen wird jeweils von der Grundration des Brotverbraucher's (unter Umrechnung des Mehlsanteils in Brot); die Nationierung der landwirtschaftlichen Selbstversorger kann außer Betracht bleiben, weil sie den üblichen Brotverzehr nur wenig beeinflusst. Die Ergänzung der Grundrationen durch Zulagen für die schwerarbeitende Bevölkerung gewährt Rückschlüsse auf die Brotversorgung dieser Volksschichten. Für Deutschland ist die anfangs November 1917 endgültig bestimmte Protration von 286½ Gramm — täglich 220 Gramm durch Kartoffeln gestrecktes Brotmehl — zugrunde gelegt. Auch bei Oesterreich ist die nachträgliche Verringerung der ursprünglichen Verbrauchsmengen berücksichtigt. Für England erscheinen die Protrationen, die von maßgebender britischer Stelle noch vor Einführung der allgemeinen Nationierung als zulässiger Höchstverbrauch erklärt worden; nach den letzten Meldungen beträgt die englische Grundration nur 269 Gramm Brot. Die Angaben für Frankreich, wo anfangs Dezember 1917 die gesetzliche Regelung des Proverbrauchs erfolgte, dürften angesichts der Nachrichten über die dort eingetretenen Schwierigkeiten zu günstig sein. Das gleiche gilt für Italien und kann auch für die neutralen Staaten von Bedeutung werden, falls Störungen ihrer überseeischen Zufuhr eintreten sollten. Nach dem Inhalt von amtlichen und einwandfreien Quellen ergibt sich folgende Zusammenstellung:

| Staat                     | Männer      |                |                |                             | Frauen             |                |                |                             |
|---------------------------|-------------|----------------|----------------|-----------------------------|--------------------|----------------|----------------|-----------------------------|
|                           | Grundration | Schwerarbeiter | Schwerarbeiter | Brot für die Woche in Gramm | Grundration        | Schwerarbeiter | Schwerarbeiter | Brot für die Woche in Gramm |
| Deutschland               | 2006        | 2708           | 3406           | 4106                        | 2006               | 2706           | 3406           | 4106                        |
| England                   | 2010        | 3157           | 3835           |                             | 1588               | 1800           |                | 2268                        |
| Frankreich                | 1400        | 2800           | 4200           |                             | 1400               | 2100           |                | 3500                        |
| Holland                   | 1778        | 2478           | 3178           |                             | 1778               | 2478           |                | 3178                        |
| Oesterreich <sup>1)</sup> | 1533        |                | 2333           |                             | 1533               |                | 2333           |                             |
| Bulgarien                 | 2100        |                | 2500           |                             | 2100               |                | 3500           |                             |
| Italien                   | 1750        |                | 2900           |                             | 1750               |                | 2900           |                             |
| Schweiz                   | 1692        |                | 2450           |                             | 1692 <sup>2)</sup> |                | 2450           |                             |
| Dänemark                  |             |                | 2205           |                             |                    |                | 2205           |                             |
| Schweden                  |             |                | 1820           |                             |                    |                | 1820           |                             |
| Finnland                  |             |                | 1820           |                             |                    |                | 1820           |                             |
| Türkei                    |             |                | 1750           |                             |                    |                | 1750           |                             |
| Norwegen                  |             |                | 1400           |                             |                    |                | 1400           |                             |
| Petersburg                |             |                | 1428           |                             |                    |                | 1428           |                             |

<sup>1)</sup> Ohne Streckungsmittel. <sup>2)</sup> Runder unter 2 Jahren 1350 Gramm, Mehleration: Protration 3:4.

Wadenkämpfe, Herabsetzung der Herzstätigkeit, Schwindel, Kopfschmerz, Ermüdt, Phantasieren, Verwundbarkeit, Krämpfe, Tod, minuter akuteähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenleidwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende hartnäckige Kopfschmerzen mit Verstimmung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit, ferner gastrische Störungen, wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerung und Kräfteverfall führen, hartnäckige katarrhalische Erscheinungen der Schleimhäute, wie Schnupfen, Hals- und Luftröhrentzündung, käufliche Erkrankungen der Haut auch mit Geschwürbildungen. Ausfallen der Haare und Nägel, Melanose, d. h. Einlagerung eines bräunlichen nicht arsenhaltigen Farbstoffes am Halse, Numpfe und an anderen Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln und auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Beschränkung oder ein Verlust der Sehkraft einstellt. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsstoffe anzusehen, wobei in Einklammerung einzelne Verwendungsarten und Entstehungsursachen angegeben sind: Ammoniak (Gasanstalten, Farbenindustrie, Alkalireinigung, Verginnen von Eisenblech, Silberplattindustrie), Arsenwasserstoff (Löt- und Leigen von Metallen), Benzol, Chlor und Chlorsäure (Chlorsäurebildung, Tiegelfabrikation, Aluowasserstoff (Glasfabriken usw.), Kohlenoxyd (Giftgas bei Hochofen, Gießereien, Bergwerken usw.), Kohlenwasserstoffe (Benzol, Petroleum, Spiritus, Möbelpoliererei usw.), Nitrobenzol, Nitrolyzerin, Nitrooxyde (Nitrooxyde kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). In weiteren die Vergiftungen durch Phosgen, Phosphor, Quecksilber, Quecksilberoxyde (Gasenfabrikation, Filzfabrikation, Spiegelfabrikation, Zünd- und Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelwasserstoff, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsäure, Schwefelwasser. In der über großen Zahl der Fälle erzeugt die akute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

In den Unfallzahlen der alljährlichen Rechnungslegungen der Berufsgenossenschaften, welche durch das Reichsversicherungsamt

veröffentlicht werden, sind bei den einschlägigen Unfällen in der Spalte „Feuergefährliche, herbe und ätzende Stoffe usw. (glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw.)“ auch die akuten Gasvergiftungen mitzuzählen. Ueber die große Masse der chronischen Vergiftungen veröffentlichten die Berufsgenossenschaften keine Zahlen; darüber können nur die Krankenkassen der Arbeiter Auskunft geben!

Schädliche Gase können der schädlichen Stelle des menschlichen Körpers, der Haut, schwer etwas anhaben; über beeinflusst werden nur die Schleimhäute, soweit sie direkt in Verbindung mit den gasförmigen Gasen gelangen. Die Aufnahme von Gasen und Dämpfen erfolgt durch den Atemweg immer von der Lunge aus, wozu aber auch oft genug feinstaubförmige Gifte, wie zum Beispiel Feinverbindungen gelangen, um dort, durch die Gewebeszellen und Gewebssäfte löslich gemacht, in den Körper überzugehen. In der Lunge werden sie dann mehr oder minder schnell von dem das zarte Lungengewebe umspielenden Blute aufgenommen und weitergeführt. Je blutreicher eine solche aufzunehmende Stelle ist, um so schneller und reichlicher vollzieht sich der Uebergang des fremden Stoffes. Das Blut ist das Mittel zum Gasaustausch und kann durch die Aufnahme giftiger Gase direkt zerrört werden. Eine solche Wirkung wird als hämolytische (Blutauflösende) bezeichnet und führt schnell zum Tode. Das Blut kann aber auch, ohne selbst beeinträchtigt zu werden, diesen Gifttransport durchzuführen. Man findet in vielen Fällen bei Gas- und Dampfvergiftungen, daß das Blut unbeeinträchtigt geblieben ist. Das betreffende Gas kam zum Blute oder vielmehr zum Blutgefäß (dem Sauerstoffträger) eine höhere chemische Verwandtschaft haben als der Sauerstoff. Ist ein solches Gas in der Atemluft vorhanden, dem fähig ist der Blutstoff (Sauerstoff) mit dem betreffenden Gase, und die Aufnahme des nötigen Sauerstoffes ist wegen Raum mangels unmöglich geworden. Es tritt eine Giftung durch Sauerstoffmangel im Organismus ein. Inwieweit diese Wirkung bei der Kohlenoxydvergiftung. Eine besondere Erwähnung bedarf die Kohlenoxydvergiftung, welche infolgedessen eine Sonderstellung einnimmt, als sie bekanntlich normalerweise im Blute vorhanden ist. Die Vergiftung (innere Giftung) erfolgt, wenn zu groß Kohlen-

Absolut genommen haben Dänemark, Bulgarien, Deutschland und England die größten Grundrationen mit je 4 Pfund und mehr, Norwegen und Frankreich die kleinsten durchschnittlichen Verbrauchsmengen mit je unter 3 Pfund die Woche. Der Wichtigkeit der Brotversorgung für die arbeitende Bevölkerung ist jedoch zweifellos am meisten in Deutschland Rechnung getragen. Dieser Vorzug der deutschen Brotwirtschaft wird anschaulich, wenn man die Benachteiligung der gerade in der Kriegsindustrie zahlreich tätigen Frauen in der Brotversorgung der Weismächte berücksichtigt. Zu diesem Zwecke seien die wöchentlichen Brotverbrauchsmengen verschiedenartig zusammengesetzter Familien, insbesondere von Arbeiterfamilien, in Deutschland und bei den Weismächten einander gegenübergestellt:

| Die wöchentliche Brotverbrauchsmenge beträgt für eine Familie, bestehend aus | in          |   |         |         |
|--|-------------|---|---------|---------|
|  | Deutschland | Frankreich<br>geg. Deutschland weniger um | Italien | England |
|  | Pfund       |   |         |         |
| a) Mann, Frau (Grundrationen) 3 Kinder bis zu 6 Jahren . . .                 | 20          | - 6                                       | - 8     | - 2 1/2 |
| b) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben . . .                       | 21 1/2      | - 4 1/2                                   | - 2     | - 1 1/2 |
| c) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben . . .                       | 23          | - 6                                       | - 4     | - 2 1/2 |
| d) Mann und Frau Schwerarbeiter, Kinder wie oben . . .                       | 23          | - 5                                       | - 2     | - 3     |
| e) Mann Vergarbeiter, Frau und Kinder wie unter b) . . .                     | 24 1/4      | - 4 3/4                                   | - 5 1/4 | - 3 3/4 |
| f) Mann Vergarbeiter, Frau Schwerarbeiterin, Kinder wie oben . . .           | 25 1/2      | - 4 1/2                                   | - 4 1/2 | - 4 1/2 |
| g) ohne Mann, Frau (Grundration) und 3 Kinder . . .                          | 16          | - 5                                       | - 2     | - 3 1/2 |
| h) ohne Mann, Frau Schwerarbeiterin und 3 Kinder . . .                       | 17 1/2      | - 5                                       | - 1 1/2 | - 4 1/2 |

Da bekanntlich innerhalb der einzelnen Familie eine Verteilung der gesamten zugeteilten Brotmengen auf die Angehörigen eintritt, bedeuten diese Ziffern eine wesentliche Schlechterstellung der feindlichen Völker in der Brotversorgung. Dabei soll nicht verkannt werden, daß im Auslande, wenn auch in abnehmendem Grade, noch andere und mehr Lebensmittel verbraucht werden können als bei uns. Auch ist die Ausmahlung des Brotmehls und die Streckung des deutschen Kriegsbrotes mit Maltosein für seinen Nährwert

nicht ohne Belang. Wo aber im Auslande die gleiche Bereitungsart noch nicht eingeführt ist, bestehen durchweg Vorschriften zur Verlängerung des knappen Brotmehls durch Maismehl und andere Streckungsmittel. Bei der Bedeutung der Brotversorgung als Träger der gesamten Volksernährung auch für die Bevölkerung der uns feindlichen Staaten ist eben die scharfe Rationierung das äußere Zeichen für die dort überhandnehmenden Ernährungsschwierigkeiten.

In Italien hat man für das laufende Wirtschaftsjahr einen Einfuhrbedarf von 43 Millionen Doppelzentner Getreide festgelegt. Der französische Landwirtschaftsminister erklärte, daß vom 1. Dezember 1917 bis 1. August 1918 mindestens 37 Millionen Doppelzentner Getreide nach Frankreich eingebracht werden müssen, wenn nicht ernste Gefahren für die Volksernährung und damit für die weitere Kriegsführung eintreten sollen. Die gesamte englische Presse bietet jetzt fast nur noch ein Bild der Stämpfe, die sich um den Preis des täglichen Brotes entsponnen haben. Dabei häufen sich die Stimmen, die öffentlich bezweifeln, ob die britische Nation trotz ihrer Einmütigkeit dem Hunger standhalten werde. Andererseits betonte der Nahrungsmittelminister der Vereinigten Staaten kürzlich die Möglichkeit weiterer größerer Getreideverschieffungen, wofür nicht das amerikanische Volk sich strenge Einschränkungen im Verkehr von Brot und Mehl auferlegt."

Leider können wir diese Zahlen nicht nachprüfen. Ihre Richtigkeit vorausgesetzt, sind sie bei alledem ein schlechter Trost für uns. Erst wenn eine gründliche Erfassung aller Nahrungsmittel beim Erzeuger vor sich gehen würde und die ungeheure Bequämigung des Selbstverforgers aufgehoben würde, wenn man der skandalösen Preispolitik beikäme und die Massenpreistungen für die Kerntrenn schmackhafter gestalten würde, wäre das Nahrungsmittelprogramm erfüllt, was wir fordern müssen.

Im übrigen lehrt diese Zusammenstellung unter allen Umständen die Richtigkeit des scheinbar trivialen Sprichwortes: Friede ernährt! Unfriede verzehrt!

Der Weltkrieg ist nicht bloß für die unmittelbar beteiligten Millionen Soldaten das Schrecklichste der Schrecken, sondern die hunderte von Millionen aller Völker haben schwer darunter zu leiden. Darum ist es uns schier unerträglich, daß in den Entente Staaten die Friedensbewegung sich nicht entfernt so stark bemerkbar macht, als in Deutschland. Zeit zur Einsicht wäre es.

sauremengen in der Atmungsluft enthalten sind. Die eigentliche Fernwirkung der gasförmigen Gifte auf die übrigen Organe des Körpers sind außerordentlich verschiedenartig. Wie schon vorerwähnt, kann das Nervensystem mehr oder weniger beeinflusst, das heißt gereizt oder gelähmt werden. Dies kann alle Arten der Nervengewebe oder nur das Zentralnervensystem oder nur das Gehirn oder das Rückenmark treffen. Treten aber bei einer solchen Blutveränderung schwere Gehirnkrankungssymptome auf, so kann gefahrlos festgestellt werden, daß das nervöse Zentralorgan nicht mehr gehörig ernährt wird. Mangels regulierender Körperkräfte kann diese Ernährungsstörung monatelang bestehen bleiben. „So sieht man zum Beispiel nach einer Kohlenoxydvergiftung Empfindungslosigkeit im Gehirn oder Eiterungen in der Lunge sich ausbilden.“ (Levin.) Ferner kann der Darm gereizt oder gelähmt, und die großen Drüsen des Körpers, die Speicheldrüsen, Leber, Niere, können geschädigt werden; dadurch kann bei Nierenreizung Zucker oder Eiweiß im Harn auftreten. Außerdem sind es gewisse Gifte, wie Phosphor und Arsen, welche auf den gesamten Ernährungszustand einwirken und deshalb Stoffwechselfgifte genannt werden. Diese Art der Einwirkung ist physiologisch noch nicht ganz aufgeklärt. Je länger die Verbindung zwischen dem Gift und den Körpergeweben vor sich geht, und je länger sie andauert, um so energischer gestalten sich die Folgen. Die Späterwirkung eines gasförmigen Giftes kann auch zu stande kommen, wenn auch nur kleine Mengen davon aufgenommen werden; ebenso kann aber auch auf eine anfängliche schwere Vergiftung eine schwächere Pflanzung und nach einigen Tagen der Tod unter Entzündungssymptomen eintreten, wie das bei Vergiftungen durch nitrose Gase die sich bei der Einwirkung von Salpetersäure auf Metalle entwickeln, wiederholt zu konstatieren war. Bei anderen Vergiftungen schießt sich an das akute Leiden ein chronisches an, das dem Akuten langsam, scheinbar seine Arbeitskraft zehrt und veratet. Ein Gas ist um so gefährlicher, wenn es nur schwach oder überhaupt geruchlos ist, wie zum Beispiel Schwefelkohlenstoff, Nitrogluzerin, Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoffe, Arsenwasserstoff, Cyanwasserstoff, Sumpfgas, Wasserstoff usw. Dabei ist weit-

zu beachten, daß im Vergleich zu den Infektionskrankheiten (Typhus, Cholera usw.) es gegen die Gifte keine Mittel gibt, die durch Einimpfung eine Immunität erzeugen. „Es gibt kein einziges demisch bekanntes Gift, das, beliebig lange Zeit Tieren eingeführt, ein Gegengift im Blute entstehen läßt, dem die Fähigkeit zukommt, in irgendeiner Weise das Gift unschädlich oder vorbeugend, eine Giftwirkung unmöglich zu machen.“ (Levin.)

Für die Gestaltung einer Giftwirkung ist oft die persönliche Veranlagung des Leidenden ausschlaggebend. Sie kann in einer Unter- oder Überempfindlichkeit bestehen und ist selten erworben, meistens ererbt. Gewöhnlich bleibt sie, solange das Leben dauert, und jeder Versuch, sie zu beseitigen, scheitert. Ein körperstarker Mensch kann gegen bestimmte Schadstoffe überempfindlich, dagegen ein kränklicher oder Schwacher unter- oder sogar unempfindlich sein. Die persönliche Eigenart schafft auch die regelwidrigen Verkaufsarten von Vergiftungserkrankungen und ist dazu angetan, ein bestehendes Leiden, wie zum Beispiel einen Krankheitserb in der Lunge, zu verschlimmern. Jedoch treten bei der Giftung die Durchschmittempfindlichkeiten in den Vordergrund, und danach können auch leichte Vergiftungen die Dispositionen zu anderen Erkrankungen schaffen oder die Ursache geben; und kann besonders bei chronischen Vergiftungserkrankungen auch die Heilung anderer Unfälle (Wunden und Knochenbrüche und dergleichen) noch nach Jahren recht sehr erschwert werden.

Zurecht werden in den giftigstehenden Betrieben eine große Zahl von Frauen und Jugendlichen beschäftigt, und welche Gesundheitsbeschädigungen ergeben sich für diese daraus? — Welche Wirkung hier die verschiedenartigen Vergiftungen in der chronischen Entwicklung auf die Frauen in bezug der geschlechtlichen Epibäre ausüben — ist wohl noch nicht ganz festgestellt. Aber jedenfalls liegt es nach den Erfahrungen bei den Bleivergiftungen sehr nahe, anzunehmen, daß die Mutterlichkeit gefährdet, oder daß dadurch eine Lebensschwäche der Kinder herbeigeführt wird. Wie aus dem Vordargelegten zu ersehen, ist es ein Gebot der Stunde, mit allen zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen diesen Gesundheitsbeschädigungen der Arbeiter entgegenzutreten! G. S e i n f .

## Monatsbericht vom Krieg

Während die erste Woche des Februar noch vorwiegend unter dem Einfluß der inneren Vorgänge und Nachwirkungen des politischen Massenstreiks der letzten Januarwoche stand, trat mit dem 9. Februar der 1. Friedensschluß in diesem Weltkrieg ein und zwar mit der Ukraine, einem Staatesgebilde, das vor dem Krieg noch gar nicht existierte und das die fruchtbarsten Teile Südrusslands mit etwa 20 Millionen Einwohner umfaßt. Später hat auch der Deutsche Reichstag seine Zustimmung zu diesem Friedensvertrag gegeben, der in der Tat weder Annexionen birgt, noch das Selbstbestimmungsrecht der Völker außer acht läßt. Um die polnische Grenze bei Gabeln ist freilich ein heftiger Streit zwischen Polen und Litauern entstanden, der auch zu heftigen Differenzen des polnischen Staatsrates mit den Mittelmächten geführt hat. Da aber nachträglich eine Nachprüfung und Neuabgrenzung im Sinne der Volksgemeinschaftung erfolgen soll, dürfte auch hier eine Verständigung bald möglich sein.

Interessanter hatte Trocki in Wjatschomir am 10. 2. 18. erklärt, daß er zwar den Friedensvertrag nicht unterschreiben könne, daß aber mit gleichem Tage der Kriegszustand beendet sei und die Demobilisation des russischen Heeres angeordnet worden ist. Das gab zuerst einen gedämpften Jubel in Deutschland, bald aber wurde es evident klar, daß durch die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages vom militärischen Standpunkt aus die Sturzbürgung des Waffenstillstandes an der Ostfront eintrat, die denn auch im amtlich deutschen Bericht vom 16. 2. 18. ausgesprochen wurde. Bereits am 18. 2. 18. liefen deutsche Abteilungen über die Tura nach Turaburg und Kowel, während von Lelch aus in Litauen und Estland deutsche Truppen einrückten. Am 20. wurde Walk, später Priekule, Dorpat und Riga als der größte Kriegsbahnhof Ostlands! von deutschen Truppen nach kurzen Kämpfen der stehenden Muffen besetzt. Weiter südlich hat Renski mit reicher Beute in unruhige Hände. Auch südlicher in der Ukraine erfolgte der deutsche Vorstoß über Schitomir bis Kiew zur Säuberung und auf Wunsch der ukrainischen Maza. Wenig über Ungarn und Slowakei hinaus steht jetzt die deutsche Ostfront, die an Pfaffenmärkten im weiten russischen Gelände vorwärtsgedrungen ist. Neuerdings haben sich auch die österrussischen Truppen in Podolien an der rumänischen Grenze desin Vorposten angegeschlossen.

Am 20. Februar erklärte dann plötzlich die russische Bolschewiki-Regierung die Annahme des am 18. 2. neu geschlossenen Nitimatum, das in der Tagespresse veröffentlicht wurde. Danach werden Deutschland und Rußland fortan in Frieden und Freundchaft leben. Die Gebiete der Handlender unterliegen in Zukunft nicht mehr der Hoheit Rußlands. Litauen und Estland, Finnland und Ukraine werden von der Roten Garde geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis eine eigene staatliche Ordnung hergestellt ist. Die völlige Demobilisation Ostlands ist sofort durchzuführen. Der deutsche Schutzvertrag von 1904 tritt sofort wieder in Kraft. Die amtliche Propaganda gegen die Verbündeten und deren Staatseinrichtungen ist einzustellen.

Leider ist durch äußere Demunition (Zerrenzung von Brücken bei Proskur) die neue russische Friedensdelegation aufgehalten worden, so daß die Unterzeichnung des neuen Friedensvertrages noch wieder um einige Tage verzögert wurde.

Inzwischen haben auch Vorverhandlungen mit Rumänien begonnen, die aber noch kein positives Resultat aufweisen. Jedenfalls ist in absehbarer Zeit der Abschluß des Friedens auf der gesamten Ostfront zu erwarten.

Leider sieht es im Westen und Südrussland (Italien) weniger friedlich aus. Zwar hat auch der Februar nur Erdungsvorfälle auf beiden Seiten aufzuweisen, aber alles deutet auf einen baldigen furchtbaren Zusammenstoß im Westen hin.

Die polnischen Vorgänge sind durch die Reichstagsverhandlungen gekennzeichnet, die im heutigen Leitartikel erörtert werden.

Kaist sehen es, als solle bei den vielen Reden der Staatsmänner doch noch etwas herausbringen. Wilson hat nämlich in seiner Rede vom 11. 2. 18. folgende 4 Grundsätze für den Frieden aufgestellt:

1. daß jeder Teil einer erdächtigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufzuarbeitet sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um

Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Mächte, das nun für alle Zeiten dekreteriert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Verteidigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegeistertheit, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder fördern würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage erreicht, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede geschickt ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzuführen.

Hierzu hat Graf Hertling am 21. 2. 19 im Deutschen Reichstag erklärt, daß er diesen Grundsätzen zustimmen könne. Was hindert also die Staatsmänner an endlicher Zusammenkunft zur Beratung für einen Verständigungsfrieden? Die Junge und Altparteipresse in allen Ländern hat inzwischen mit verächtlicher Straft ins Kriegsgeborn gestiegen und es besteht wenig Aussicht, daß der schändliche Anlauf zur diplomatischen Verständigung weiter fortgeführt wird, hat doch der sonst zahme Vorkrieg in England sich recht abbrechend zum Ausdruck geäußert. Man müsse noch auf längere Kriegsdauer rechnen, heißt es da. Muß man? Wir meinen, es ist wahrlich genug des grausamen Spiels mit Menschenleben. Europa sollte endlich zur Beilegung kommen, dann wird der Kriegswille auch beim früheren Friedensprediger Wilson nicht länger vorhalten.

Nachschrift: Der Friedensvertrag mit Rußland ist am 18. März von beiden Parteien unterschrieben worden! Damit hören auch die Kriegshandlungen an der Ostfront auf!

## Aus den Stadtparlamenten

**Bremen.** Laut Bericht des Senats ist eine Erhöhung der Feuerungszulage den bremischen Staatsarbeitern gewährt worden. Es erhalten jetzt Ledige unter 18 Jahren 6 Mk. per Woche, (dieser 4 Mk.) Ledige über 18 Jahre 9 Mk. per Woche, (dieser 5,70 Mk.) Verheiratete ohne Kinder und die ihnen gleichgestellten Ledigen, die einen eigenen Haushalt führen usw. 12 Mk. per Woche (dieser 7,50 Mk.). Außerdem ist die Minderzulage von 3,90 Mk. auf 6 Mk. erhöht. Die Zulage wird vom 1. Januar 1918 an gewährt. Eine einmalige Zulage an alle in bremischen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist abgelehnt worden.

## Aus unserer Bewegung

**Eisenbah am Main.** Nachdem in der am 21. Februar im „Alemannischen Hof“ abgehaltenen Generalversammlung, der Vorsitzende (in Verbindung des Majors) Dr. Hoffmann vom 4. Quartal 1917 gegeben, wurde zur Vorstands Wahl gebittet. Es wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender, Bauer; 2. Vorsitzender, Curina; 1. Kassierer, Klein; 2. Kassierer, Wob; 1. Schriftführer, Memmel; 2. Schriftführer, Gamed; Weißer Neur und Wagner; als Revisoren: Fb. Traun, Ric. Bender und Graf; Kartelldelegierte, Bauer und Graf; Sozialbauvertreter, Curina. Hierauf sprach Kollege Wob über die „Forderung der Grundlohnhebung und des vollen Urlaubes“. In eingehender Rede wurde er nach, daß die Grundlöhne der städtischen Arbeiter schon vor dem Kriege zu niedrig waren, sodas wir gezwungen sind, durch die Vorklage, höhere Grundlöhne zu fordern. Es wurde gegen drei Stimmen beschlossen, eine 40prozentige Grundlohnhebung zu fordern. Einstimmig wurde beschlossen, den vollen Urlaub zu fordern, denn bei dieser anstrengenden Kriegsarbeiten und miserablen Ernährung muß der Urlaub von der Stadt gewährt werden, soll nicht der Gesundheitszustand unserer Kollegen im höchsten Maße gefährdet werden.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

Soll die Arbeiterzerfplitterung nun doch noch in die Reihen der Gewerkschaften getragen werden? Vor einiger Zeit hat der Unabhängige Sozialdemokratische Verein Stuttgart mit 61 gegen 6 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins sieht die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit an. Die Versammlung beauftragt die Parteileitung, die nötigen Schritte zu unter-

nehmen, um von diesem Standpunkt aus eine fruchtbare Tätigkeit der Parteigenossen zu ermöglichen."

Ein zweiter, mit 53 gegen 47 Stimmen angenommener Antrag lautet:

"Eine sieben Mitglieder starke Kommission ist zu wählen, welche die Vorarbeiten in Stuttgart in die Hand nimmt zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation."

Dann hat zwar das Hauptorgan der „Unabhängigen“, die „Leipziger Volkszeitung“ vorerst dagegen Stellung genommen mit folgenden Worten:

„Wir erklären rundweg, daß wir die Gründung neuer Gewerkschaften nicht billigen können. Das würde die Spaltung der Gewerkschaften und Bruderkämpfe herbeiführen, an denen nur das Unheimlichste seine helle Freude haben würde. Wir brauchen Gewerkschaften, die stark und geschlossen den Unternehmern gegenüber auftreten können. Nur dann sind sie eine Macht, und solche Gewerkschaften hat das Proletariat nach dem Kriege ganz besonders nötig. Was den Gewerkschaften not tut, haben wir wiederholt dargelegt, und es ist Pflicht unserer Parteifreunde, in den Gewerkschaften eifrig dafür tätig zu sein, daß die Demokratie zu ihrem Rechte kommt, und daß in ihnen die Ideen des Klassenkampfes fruchtbarsten Boden finden. Diese Arbeit läßt sich nur innerhalb der Gewerkschaften ausführen.“

Wer erinnert sich aber nicht der Tatsache, daß dieselbe „Leipziger Volkszeitung“ zuerst auch gegen die Beitragsperre in der Partei und gegen die Zerplitterung war aus Gründen der Taktik, die später ebenso leichtfertig verlassen wurden, wie das jetzt geschehen kann, wenn das bislang verfehlte System der Verhütung und Bekämpfung der „Gewerkschaftsinstanzen“ nicht den erhofften Erfolg verheißt. Wer die „L. V.“ regelmäßig verfolgt, findet darin fortdauernd eine Verhöhnung der gewerkschaftlichen Arbeit, wie sie von den ärgsten Gegnern auch nicht viel schlimmer geleistet wird. Ob da die Geister der Zerstörung, die sie rief, so schnell verschwinden, ist doch recht ungewiß.

Wir für unsern Teil möchten allen Kollegen — ganz unbeschadet, welcher politischen Anschauung sie immer sein mögen — zurufen: Werdebetet den Anfängen solcher Zerstörungsarbeit! Es ist schon schlimm genug, daß die politischen Kräfte der Arbeiter zerstückelt sind, würden die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter auch noch davon erfährt, so wären die Unternehmer die Lachenden Dritten. Wir haben die Überzeugung: Dahin darf und wird es nicht kommen!

### • Rundschau •

„Es muß etwas geschehen!“ Wer lange Jahre das schwierige Feld der Organisation beackert, Kleinarbeit in den verschiedensten Arten geleistet hat, kennt nur zu gut jene Mitmenschen, denen es immer an festem Entschluß mangelt. Es sind die Wankelmütigen, Unzuverlässigen, die sich nie zu einer entscheidenden Tat bekennen. Fragt man sie, ob sie ihren Beitritt zur Organisation vollziehen wollen, so antworten sie in der Regel, sie wollen es sich noch einmal überlegen! Leider besteht die übergroße Zahl der heute der Organisation noch Fernstehenden aus solchen energie- und talentlosen Mitmenschen, die nie auf sich selbst, sondern meist auf die übrigen hoffen. Sie scheinen der Wurzel, aus der ein ihr eigenes Leben keimender Entschluß hervorzuwachsen kann, zu ermangeln. Ihr Wesen ist ohne Saft und eigene Bewegkraft. Jene, die den Ernst der Zeiten nie erkennen, sich nie berufen fühlen, das Schicksal der Menschen durch ihre eigene Tat mit zu bestimmen, hat Johann Gottlieb Fichte vor über hundert Jahren in seiner vierzehnten Rede an die deutsche Nation mit herzerweichender Deutlichkeit den Eingelassen ihres falschen Tuns vor Augen gehalten. Worte, wie sie damals aus so berufenem Munde gesprochen, haben sich lebendig gehalten auch für unsere Zeit. Jene, die den Weg zur Organisation nicht finden oder vorgeben, noch ein bißchen zu warten, ehe sie auftreten wollen, würde Fichte sagen:

„Käufet ihn auf der Stelle, diesen Entschluß Saget nicht, daß uns ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selber komme.“

Sie wird niemals von selbst kommen. Wer, nachdem er einmal das Göttern verflucht hat, das noch beaucamer gewesen wäre zur Reimung, selbst heute noch nicht wollen kann, der wird es morgen noch weniger können. Jeder Versuch macht uns nur noch träger und wiegt uns nur noch tiefer ein in die fremden Gewerkschaften an unseren elenden Zustand.

Nach weniger als die Zeit, in der Fichte seine Reden hielt, beträgt die kommende Zeit jenen zögernden und elenden Zustand der Menschheit. Gerade die Zukunft verlangt unerbittlich, daß jeder

seits Entschlüsse fasse. Ein Glied im großen Ganzen, muß jeden doch mit solchem Pflichtbewußtsein erfüllen, als ob es auf ihn allein ankäme. Nur so entsteht jene unbezwingliche Kraft, die es der Arbeiterklasse erlaubt guten Mutes in die Zukunft zu schauen.

**Wohnungsbedarf bei Friedensschluß.** Im „Verf. Tagbl.“ äußert Dr. K u c h n s k i die Schwierigkeiten des Wohnungsbedarfes nach dem Kriege. Er macht folgende Rechnung auf:

In Friedenszeiten wurden im Deutschen Reich alljährlich etwa 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen hergestellt. Mit Ausbruch des Krieges wurde die Bautätigkeit wesentlich eingeschränkt. Da aber zunächst mehr Haushaltungen aufgelöst als neugegründet wurden, nahm die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu. Allmählich änderte sich jedoch das Bild. Kriegsbeschädigte und andere dienstuntaugliche Männer schufen sich einen eigenen Hausstand; kriegsgewaltete Frauen, deren Mann noch im Felde war, bezogen vor oder nach der Geburt eines Kindes eine eigene Wohnung. So kam es, daß die Zahl der bewohnten Wohnungen wiederum erheblich stieg, und da die Zahl der vorhandenen Wohnungen kaum zunahm, ging die Zahl der leerstehenden Wohnungen zurück. Gegenwärtig herrscht schon in vielen Städten eine empfindliche Wohnungsnot, und wenn auch andere Gemeinden noch ein reichliches Angebot haben, so dürfte doch jetzt im ganzen weniger Wohnungen leerstehen als in normalen Zeiten. Eine Reserve, aus der wir eine starke Nachfrage befriedigen könnten, haben wir also nicht. Mit Friedensschluß wird aber ein außerordentlich großer Wohnungsbedarf eintreten. Wie groß er sein wird, ist nicht bekannt, da das Reich und auch Preußen sich noch immer nicht dazu entschließen konnten, die erforderlichen Unterlagen zu schaffen. Ich möchte nun hier einmal versuchen, den Bedarf wenigstens annähernd zu schätzen. Da sind zunächst sehr viele, vielleicht 200 000, Kriegerrfrauen, die zurzeit keine eigene Wohnung haben, bei der Rückkehr ihres Mannes aber eine Wohnung brauchen werden. Da sind ferner alle diejenigen, die mit Rücksicht auf den Krieg ihre Eheschließung aufgeschoben haben, nach Friedensschluß aber heiraten wollen. Ihre Zahl ist nicht gering. In Berlin wurden in den Jahren 1910 bis 1913 88 709 Ehen geschlossen, 1914 bis 1917 hingegen nur 67 634, also 21 075 weniger; in kleineren Städten war der Rückgang im allgemeinen noch größer, am stärksten war er auf dem Lande. Der gesamte Ausfall an Eheschließungen in der Kriegszeit dürfte bis jetzt etwa 1/2 Millionen betragen. Von den 1/2 Millionen Männern ist ein Teil gefallen, ein anderer scheidet durch Verkrüppelung oder Sichtung aus, ein weiterer kann infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten einweilen keine Ehe eingehen. Aber annähernd 1/2 Million werden schon im ersten Friedensjahre heiraten wollen, und wenn auch einige von ihnen bereits ein Wohnung haben und einige von ihnen Winnen mit eigener Wohnung eheleben werden, so wird man doch den Wohnungsbedarf dieser Männer, die ihre aufgeschobene Heirat im ersten Friedensjahre nachholen wollen, auf 400 000 schätzen können. Dazu käme dann noch der Bedarf der zurückkehrenden Jungmänner und Weiber, die bei ihrer Einberufung eine eigene Wohnung hatten und diese aufgegeben haben, der Bedarf der Auslandsdeutschen, die in den uns feindlichen Staaten zurückgehalten worden sind, nach dem Kriege aber in ihrer Heimat werden leben wollen, und der normale Bedarf, der sich im Frieden auf jährlich 350 000 bis 400 000 belief. Hierfür dürften zur Not 1 600 000 neue Wohnungen genügen, da man auch nach Friedensschluß zunächst auf Abbrüche verzichten wird, da die Zahl der Eheschließungen durch den Krieg dezimiert worden ist, da die wirtschaftlichen Verhältnisse zunächst wohl ehebemend wirken werden. Da unter den Bräuten verhältnismäßig viele Winnen mit eigener Wohnung sein werden, und da endlich eine wenn auch kleine Zahl von Verwohnten zur Verfügung stehen wird. Im Ganzen müßten demnach etwa 750 000 neue Wohnungen bis zum Ende des ersten Friedensjahres hergestellt sein. Eine Riesenaufgabe, deren Lösung man wahrlich nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen darf! Insbesondere muß alles geschehen, damit die schon in den ersten Friedensmonaten benötigten neuen Wohnungen — sagen wir 300 000 — rechtzeitig bereitstehen. Um dies zu ermöglichen, müssen unverzüglich die zur Herstellung der Baustoffe erforderlichen Beträge wieder in Gang gebracht und die bestehenden Hausverträge wenigstens für Kleinwohnungen aufgehoben werden. Die benötigten Arbeitskräfte wären von der Deeresverwaltung zu beurlauben. Der Kleinwohnungsbau ist kriegswichtig, denn ehe wir nicht Wohnungen für unsere heimkehrenden Krieger haben, können wir nicht demobilisieren!

**Städtische Fürsorge für Kriegsbeschädigte in Berlin.** Das „A. T.“ schreibt: Am Interesse der Beschäftigung Kriegsbeschädigter hat der Berliner Magistrat angeordnet, daß nicht nur die vor dem Kriege in städtischen Diensten beschäftigt gewesen Personen, die als Kriegsbeschädigte aus dem Deeresdienst entlassen werden, nach Möglichkeit wieder anzunehmen, sondern daß auch solche, die noch nicht in städtischer Beschäftigung gestanden haben, einzustellen sind, soweit es der Betrieb gestattet. Ferner ist auch in die allgemeinen Bedingungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen die Benennung aufgenommen worden, daß Unternehmer, die sich ohne Lärmbelände Grunde weniger Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, von den Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen werden. Das letztere ist recht erfreulich. Wie weit als er beim ersten die Einbürgerung „nach Möglichkeit“ zur Geltung kommt, kann ein die Praxis lehren.

**Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg** berichtet über das Geschäftsjahr 1917: Der Gesamtumsatz betrug 1917 6 407 280 Mk., 1916 5 663 388 Mk., mithin 1917 mehr 743 892 Mk. Die einzelnen Abteilungen sind am Gesamtumsatz mit folgenden Zahlen beteiligt: Die Abteilung Buchdruckerei und Papierwarenfabrikation erzielte am Umsatz 1917 5 487 041 Mk., 1916 4 884 467 Mk., mithin 1917 mehr 602 574 Mk.; Die Vertriebsabteilung hatte am Umsatz 1917 830 136 Mk., 1916 691 669 Mk., mithin 1917 mehr 138 468 Mk.; Die Elektrizitätswerte wiesen am Umsatz auf 1917 90 102 Mk., 1916 87 252 Mk., mithin 1917 mehr 2850 Mk. Die Zunahme des Umsatzes ist in erster Linie durch die höheren Preise bedingt. Es konnte jedoch in manchen Abteilungen auch ein Mehrumsatz hinsichtlich der Mengen erzielt werden. Die Genossenschaften konnten infolge des Mangels an verschiedenen Waren nicht alle Verteilungen beschließen, so daß die Gesellschaft im abgelassenen Jahr in der Abteilung Mafschokolade auch Aufträge von Gemeinden und Arbeitsgenossenschaften auszuführen. Sehr erfreulich ist der Mehrumsatz von 138 468 Mk., der in der Vertriebsabteilung erzielt wurde, obwohl es den Genossenschaften infolge der Kriegsverhältnisse vielfach an geeigneten Vertriebswegen für die Verarbeitete fehlt.

**Erfrischungszusätze.** Bei Benutzung der Eisenbahnen, Kluschiere und Postfahrzeuge erhalten die auf Transporten befindlichen Mannschaften neben der ihnen zuteilenden Verpflegung auf jeden Kalendertag, an dem sie Fahrten von im ganzen viertägiger Dauer zurücklegen, einen zur Deckung von Genusmitteln bestimmten Erfrischungszusatz von 50 Pf. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung auf die Fahrten des ständigen Personals der Lazarets, Hilfslazarets, Vereinslazarets und Leichtfrankengänge, sowie der zum Transport von Verwundeten oder Kranken bestimmten Schiffe. Dieses Personal benutzt diese Transportmittel lediglich in Ausübung des Dienstes.

**Keine Streikertinder.** Die ökonomische konservative Provinzpresse macht jetzt bereits gegen die Aufnahme solcher Kerientinder aus Berlin und den Industriebereichen meckl. deren Eltern sich an dem letzten Ausstand beteiligt hatten. Unter der Epithete „Keine Streikertinder“ verhindern diese Mütter, sie hätten von zünftiger Seite erfahren, daß dieser Maßnahme im Einvernehmen mit den entsprechenden Kommunalverbänden in ausreichender Weise vorgebeugt ist. Wir verdienen nur. Unsere Kollegen werden sich schon ihre Meinung selbst bilden. Jedenfalls ist dieser fanatische Haß, der sich sogar bis auf die Kinder erstreckt, auch ein schöner Zug unserer „guten Zeit.“

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

„Arbeiter Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 3/4 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Heime für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Von Ernst Meißel. — Was ist Philosophie? Von Karl Sandner. — Mein Photogrammalbum. Von Th. Thomas. — Orientierung. Gedicht von Friedrich Heibel. — Ein Wintertag im Siebengebirge. Von W. Solmann. (Mit Abbildungen.) — Die Ernährungsnot. Von Max Sachs. — Bücher für die Jugend. — Zweierlei Maß. — Vor den Zbranen des Gerichts. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit! — Beilage: Erpel. Von Curt Wising. (Mit Abbildung.) — Die Entwicklung der deutschen Sprache. — Unsere Muttersprache. Von Ludwig Volme. — Kriegsmarken. Von Ernst Drabn. (Mit Abbildungen.) — Sonne und Mond in Rufus und Sage. Von Dr. Sommer. — Des Nabbi Ruh. Gedicht von Hans Heinz Ewers. — Wie vier unserer Jungen im Felde zusammenkamen, um die Jahresweinde zu feiern und dem Franzier ein Liedlein zu singen. Von Arthur Reichold. Eine Klaus. Von G. Trechler.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 3, Potsdamer Straße 121h) haben soeben das 6. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Das Programm der deutschen Gewerkschaften und die deutsche Volkswirtschaft von Emil Roth, Vorsitzender des Buchbinderverbandes — Die industriellen Kräfte Auflands von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags — Kriegsschlotten und Seegerung von Max Schlygel — Emil Böhm und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung von Peter Gramann, 2. Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes — Die russische Intelligenz von Dr. Raphael Seligmann — Ding und Bild von Elisabeth Stern — Die Verwaltung städtischer technischer Werke von Dr. Hugo Lindemann, Mitglied des Landtags — Psychoanalytische Erziehung von Georg Chaym — Neue Musik von Friedrich Schwarz — Verkehrsverbände von Felix Linke — Neueischnungen und anderes mehr. Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., der eines Vierteljahrsabonnements 3,60 Mark. Zu beziehen in jeder Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurs, ferner zu haben durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

**Schiebung.**

Die heutigen Menschen haben das zu eigen,  
Dass sie ganz ungemein zum Schieben neigen.  
Die halbe Welt bemengt sich jetzt mit Schiebung.  
Na, laßt sie schon — sie ist so schön in Übung!

Es schiebt der Bürger, und es schiebt der Bauer,  
Es schiebt der Edelmann — o große Trauer!  
Man schiebt von unten, und man schiebt von oben,  
(Du glaubst zu schieben, und du wirst geschoben!)

Der eine schiebt in Kohlen und in Zeise,  
In Fleisch ein anderer (sicher oder treise).  
Ein dritter wieder — ach du gute Mutter!  
Schiebt unsanct in Hammelstalg und Butter.

Es schiebt der Höfenmensch und der Knabe,  
Der Jüngling schiebt und auch der Greis am Stabe.  
Selbst Bürgermeister sich im Schieben üben,  
Auf die Gefahr hin, einen Knopf zu schieben! — —

Ich's da ein Wunder, wenn dem Dichtermanne  
Das gleiche Wasser kiedet auf der Pflanne?  
Warum soll er das Schieben unterlassen?  
Wo alles schiebt, darf er allein nicht passen!

(Welt am Montag“.)

**Totenliste des Verbandes.**

|   |   |
|---|---|
| <b>Robert Arnold, Berlin</b><br>Arbeiter<br>† 25. 2. 1918, 66 Jahre alt.            | <b>Gottlob Günther, Berlin</b><br>Gasarbeiter<br>† 21. 2. 1918, 62 Jahre alt.         |
| <b>Hans Bargmann, Hamburg</b><br>Sichelweien<br>† 2. 2. 1918, 60 Jahre alt.         | <b>Karl Hofmann, Dresden</b><br>Arbeiter<br>† 23. 2. 1918, 63 Jahre alt.              |
| <b>H. Buttendorfer, Offenbach</b><br>Tagelöhner<br>† 14. 2. 1918, 61 Jahre alt.     | <b>Heinrich Philip, Hamburg</b><br>Vaudenpation<br>† 26. 1. 1918, 63 Jahre alt.       |
| <b>Hinrich Dander, Hamburg</b><br>Hafenunterhaltung<br>† 27. 2. 1918, 64 Jahre alt. | <b>Albert Prähm, Hamburg</b><br>Baggerrei<br>† 11. 2. 1918, 64 Jahre alt.             |
| <b>Wihl. Dönhirt, Düsseldorf</b><br>Arbeiter<br>† 19. 2. 1918, 62 Jahre alt.        | <b>H. Scherle, Straßburg i. Elß.</b><br>Waldwegewärter<br>† 9. 2. 1918, 68 Jahre alt. |
| <b>Franz Förster, Magdeburg</b><br>Arbeiter<br>† 22. 2. 1918, 53 Jahre alt.         | <b>F. Schriever, Rostock i. M.</b><br>Arbeiter<br>† 23. 2. 1918, 60 Jahre alt.        |
| <b>Theodor Freßer, Köln</b><br>Tiefbauamt<br>† 13. 2. 1918, 67 Jahre alt.           | <b>Joh. Steinfeldt, Hamburg</b><br>Pensionär<br>† 24. 2. 1918, 63 Jahre alt.          |
| <b>H. G. Goldammer, Ollerswick</b><br>Wächter<br>† 25. 2. 1918, 57 Jahre alt.       | <b>J. Wilpert, Charlottenburg</b><br>Möhrleger<br>† 23. 2. 1918, 48 Jahre alt.        |



**Opfer des Weltkrieges:**

|  |  |
|--|--|
| <b>August Meyer, Berlin</b><br>am 21. Februar 1918 im<br>Alter von 42 Jahren gefallen.                 | <b>Joh. Meßger, Ludwigshafen</b><br>am 17. Februar 1918 i. Alter von<br>38 Jahren i. Lazarett gestorben. |
| <b>August Caspari, Hamburg</b><br>am 20. Februar 1918 i. Alter von<br>44 Jahren i. Lazarett gestorben. | <b>Emil Reikin, Wandsbek</b><br>am 4. Mai 1917 im Alter<br>von 42 Jahren gefallen.                       |

**Wilhelm Taub, Dresden**  
am 21. Februar 1918 i. Alter von  
26 Jahren i. Lazarett gestorben.  
**Ehre ihrem Andenken!**